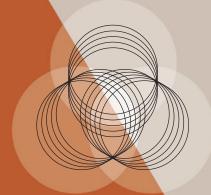
IFSH aktuell



Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Mai – Juni 2015

Verantwortung für den Frieden Frieden Friedensgutachten 2015 in Berlin und Brüssel

Das weltweite Konfliktgeschehen zeigt in beunruhigender Weise, dass Kriege sich beschleunigen, regional ausbreiten und eine unüberschaubare Zahl von Akteuren umfassen. Wie kann Deutschland Verantwortung übernehmen? Welche alternativen Handlungsmöglichkeiten gibt es, wenn wir Verantwortung für den Frieden jenseits militärischer Mittel denken und ernst nehmen? Das Friedensgutachten 2015 greift diese Fragen auf: Konkret geht es um den Krieg in der Ukraine und eine europäische Stabilisierungsstrategie, den Umgang mit deutschen Dschihad-Reisenden, Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, Ursprünge und Ziele des Islamischen Staates, den Staat Palästina, zivile Krisenprävention, militärische Interventionen in humanitäre Krisen, Frauenrechte in Friedensfragen oder Lehren aus der Ebola-Krise. Die Beiträge aus dem IFSH schrieben Margret Johannsen, Martin Kahl und Wolfgang Zellner. Die Herausgeberschaft für das IFSH lag auch in diesem Jahr bei Margret Johannsen.



Die Herausgeber/-innen des Friedensgutachtens übergeben den Bericht an den Vorsitzenden des Ausschusses des Deutschen Bundestages für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Michael Brand. V.l.n.r.: Ute Finckh-Krämer (SPD). Tom Koenigs (Bündnis 90/ Die Grünen), Michael Brand (CDU/CSU), Marc von Boemcken (BICC), Margret Johannsen (IFSH), Janet Kursawe (INEF), Ines-Jacqueline Werkner (FEST), Claudia Baumgart-Ochse (HSFK). Foto: © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Das Friedensgutachten 2015 wird im Auftrag ihrer Institute von Janet Kursawe (INEF), Margret Johannsen (IFSH), Claudia Baumgart-Ochse (HSFK), Marc von Boemcken (BICC) und Ines-Jacqueline Werkner (FEST) herausgegeben und wurde von ihnen am 9. Juni 2015 auf der Bundespressekonferenz in Berlin vorgestellt. Anschließend erörterten sie ihre Befunde mit Bundestagsabgeordneten in Fraktionen, Ausschüssen und Arbeitskreisen, der Auslandsabteilung des Bundespräsidialamtes, dem Planungsstab des Auswärtigen Amts, Ministerialbeamten des Verteidigungsministeriums und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie mit Vertreter/-innen von Pax Christi/Weltfriedensdienst.

Eine öffentliche Veranstaltung, zu der die Evangelische Akademie zu Berlin und Women in International Security (WIIS) gemeinsam mit den fünf Instituten in den "Französischen Dom" eingeladen hatten, thematisierte den "Umgang mit dem Islamischen Staat. Regionale Ursachen - internationale Herausforderungen". Jochen Hippler (INEF) trug zur Frage "Was ist der Islamische Staat?" vor und diskutierte zusammen mit Susanne Schröter (Universität Frankfurt) über den "Umgang mit dem

Veranstaltungshinweis

"Islam in Zentralasien. Droht eine extremistische Radikalisierung?

Roundtable-Reihe von GIGA und IFSH

Die dritte Diskussionsveranstaltung einer Roundtable-Reihe von GIGA und IFSH mit dem Titel: Wie sicher ist die "Seidenstraße"? findet am 17. September 2015, 16-18 Uhr im GIGA, Neuer Jungfernstieg 21 statt. Expert/-innen auf dem Podium sind Arne C. Seifert, (IFSH/CORE), Stephan Rosiny (GIGA), Andrea Schmitz (SWP), Christiane Rosenberger (Zentralasienreferat, Auswärtigen Amt). Am 22. Oktober 2015 steht die Frage nach der Rolle der Regional- und Großmächte Russland, Iran, Indien und China für die zentralasiatische Region im Vordergrund (siehe auch den Bericht auf S. 2).

Anmeldungen bitte an Frauke Ladleif, GIGA (frauke.ladleif@giga-hamburg.de)



IS: Regionale Interessen, Geschlechterkonstruktionen, Radikalisierungen". Die Moderation lag bei Magdalena Kirchner (Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik / WIIS, Berlin).

Am 25. Juni ging das Friedensgutachten nach Brüssel. Bei der Vertretung der EKD diskutierten Wolfgang Zellner (IFSH), Michael Gahler (CDU und sicherheitspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im EP) und Uwe Optenhövel (Leiter der Friedrich Ebert-Stiftung) über "Deutsche Verantwortung für eine europäische Friedensordnung – zivil oder militärisch?" Die Moderation lag bei Monika Hoegen.

Zur Brüsseler Präsentation liegt eine englischsprachige Kurzausgabe des Jahrbuchs vor. Ermöglicht hat dies die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), die ihre Förderung des Friedensgutachtens auch in diesem Jahr großzügig fortsetzte. Die Übersetzungen sind auf www.friedensgutachten.de zugänglich.

Kontakt: Margret Johannsen

johannsen@ifsh.de



Die Herausgeber/-innen des Friedensgutachtens übergeben den Bericht an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, Wolfgang Hellmich. V.l.n.r.: Robert Hochbaum (CDU/CSU), Ines-Jacqueline Werkner (FEST), Doris Wagner (Bündnis 90/Die Grünen), Janet Kursawe (INEF), Alexander S. Neu (DIE LINKE), Wolfgang Hellmich (SPD), Claudia Baumgart-Ochse (HSFK), Margret Johannsen (IFSH), Marc von Boemcken (BICC). Foto: © Deutscher Bundestag/Achim Melde

Neue Roundtable-Reihe von GIGA und IFSH: Wie sicher ist die "Seidenstraße"?

Zentralasien, Afghanistan und ihre Nachbarn im Zeichen regionaler und globaler Herausforderungen

Lange Zeit dominierten romantische Bilder von der Seidenstraße die westlichen Vorstellungen von den zentralasiatischen Republiken (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan). Nach dem 11. September 2001 traten an deren Stelle rasch Befürchtungen vor Sicherheitsgefährdungen aus dieser Region. Solche Sorgen werden durch Bedrohungsvorstellungen angesichts der nahezu ausschließlich autoritären, ja diktatorischen Regime, durch den Truppenrückzug aus Afghanistan und durch aufkeimenden islamistischen Extremismus noch genährt. Trotz zunehmender Forschung weiß man vergleichsweise wenig über den innenpolitischen Wandel und die Außen- und Sicherheitspolitiken dieser Staaten.

Zusammen mit dem GIGA (German Institute of Global and Area Studies) begann das IFSH im Mai 2015 eine neue vierteilige Roundtable-Reihe zur Sicherheitslage und zu Kooperationsperspektiven mit der Region Zentralasien. Unter dem Motto "Wie sicher ist die Seidenstraße?" werden zentrale Fragen nach Bedrohungsperzeptionen, internationalen Beziehungen und Strategien dieser Staaten von Expert/-innen aus den Bereichen Wissenschaft und Politik beantwortet und öffentlich diskutiert (vgl. Veranstaltungshinweise auf S.1).



Die Panel-Teilnehmer bei der ersten GIGA-IFSH-Diskussionsrunde zum Thema Autoritarismus, v.l.n.r.: Sebastian Schiek (IFSH), Thomas Richter (GIGA), Wolfgang Lenk (Auswärtiges Amt), Maxim Ryahkov (Deutsche Welle Akademie).



Die Organisatoren vom GIGA: Henner Fürtig (l.) und Patrick Köllner (r.).

In der ersten Veranstaltung zum Thema "Autoritarismus: Wie stabil sind die autoritären Regime in Zentralasien und welches außenpolitische Verhalten ist daraus abzuleiten?" am 21. Mai 2015 setzten sich Thomas Richter (GIGA), Maxim Ryabkov (Deutsche Welle Akademie, vorm. Direktor der OSZE Akademie, Bischkek), Sebastian Schiek (IFSH) und Thomas Lenk (OSZE-Arbeitsstab, Auswärtiges Amt) mit dem Charakter der zentralasiatischen Autokratien, ihrer Stabilität und ihrem Wandel auseinander.

Bei der zweiten Veranstaltung zum Thema "Wie geht es weiter in Afghanistan und was bedeutet das für Zentralasien?" am 18. Juni 2015 befassten sich Thomas Ruttig (Afghan Analyst Network), Azamjon Isabaev (IFSH), Botschafter Michael Schmunk (GIGA/Auswärtiges Amt) und Christian Wagner (SWP) mit der prekären Stabilität in Afghanistan, insbesondere der Grenzregion Nordafghanistan, seit dem ISAF-Abzug, mit der Bedeutung der Sicherheit Afghanistans für die zentralasiatischen Staaten, mit der Rolle Pakistans und mit der Kooperation der NATO, der EU und Deutschlands mit Afghanistan und den Auswirkungen dieses Engagements auf Zentralasien.

Kontakt: Anna Kreikemeyer Sebastian Schiek

kreikemeyer@ifsb.de schiek@ifsb.de



Nachbereitung und Perspektiven nach der gescheiterten NVV Review-Konferenz

Nach dem Scheitern der wichtigsten Nichtverbreitungskonferenz in New York, die nur alle fünf Jahre stattfindet, steht die internationale Gemeinschaft vor der Frage, wie die Themenfelder nukleare Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle in den nächsten Jahren weiterentwickelt werden können. Götz Neuneck, der die NVV-Konferenz als Mitglied der deutschen Delegation verfolgen konnte und Ulrich Kühn, der das Deep-Cuts-Projekt koordiniert, wurden zu Veranstaltungen eingeladen, die die Krise der Rüstungskontrolle aufarbeiteten.

Die Ukraine-Krise hat auch die Erosion der europäischen Sicherheitsarchitektur und der zentralen Verträge KSE und INF verschärft. Götz Neuneck hielt am 24. Juni 2015 im Ossietzky-Kreis in Berlin-Pankow einen Vortrag zum Thema: "Atomares Déja vu – oder was für Europa auf dem Spiel steht" und vertrat die These, dass die europäische Sicherheitsarchitektur auf dem Prüfstand steht und nach Beendigung der Kampfhandlungen im Donbass-Gebiet weiterentwickelt werden muss. Dies wäre eine komplexe Aufgabe, die viel Energie und eines starken politischen Willens bedarf, für den NATO-Russland-Rat oder die OSZE.

In Hannover fand am 8. Juli im Rathaus zum 70. Jahrestag der Atombombenabwürfe eine Podiumsdiskussion statt, die nach einem Grußwort des Oberbürgermeisters und einer Keynote-Rede von Dr. Rolf Mützenich (MdB) die "Außenpolitischen Herausforderungen angesichts einer Welt in Unordnung" beleuchtete. Zum 60. Jahrestag des Russell-Einstein-Manifests fand am 9. Juli 2015 in Berlin eine Festveranstaltung statt, die von einem Grundsatzreferat von Egon Bahr, dem ehemaligen Direktor des IFSH, eingeleitet wurde. Götz Neuneck moderierte danach ein Panel mit Vertreter/-innen des Auswärtigen Amtes, des Parlaments und von NGOs.

Am 2. Juli veranstaltete das IFSH zusammen mit der Landesvertretung Hamburgs beim Bund ein parlamentarisches Frühstück zu den Ergebnissen und Empfehlungen des 2. Berichts der Deep-Cuts-Kommission. Die Veranstaltung wurde von der neuen Wissenschaftssenatorin Hamburgs, Katharina Fegebank, mit einem Grußwort eröffnet. Es folgten Kurzreferate von Michael Brzoska, Götz Neuneck und dem außenpolitischen Sprecher der SPD im Bundestag, Niels Annen. In der anschließenden Diskussion, an der sich u.a. die weiteren sechs anwesenden MdBs rege beteiligten, ging es besonders um die Rolle Deutschlands vor dem Hintergrund der sich verschärfenden Krisen der europäischen und globalen Rüstungskontrolle.

Kontakt: Götz Neuneck

neuneck@ifsh.de

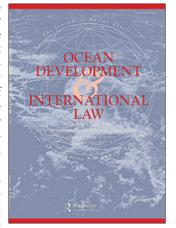
PUBLIKATIONEN

Zeitschriften-Herausgeberschaften von IFSH Mitarbeiter/-innen

Schwerpunktheft zur Regulierung von PMSCs Carolin Liss / Patricia Schneider (eds.), Special Issue: "Regulating Private Maritime Security Providers", in: Ocean Development & International Law (2015, Vol. 46:2).

In Zusammenarbeit mit Carolin Liss von der HSFK gab Patricia Schneider (IFSH) im Mai 2015 ein Special Issue der Zeitschrift "Ocean Development & International Law" zum Thema "Regulating Private Maritime Security Providers" heraus. Die im "ISI-Web of Knowledge" sowohl in der Kategorie "International Relations" als auch in der Kategorie "Law" gelistete Zeitschrift gehört zu den international führenden in diesem Forschungsfeld.

Die Privatisierung von Sicherheit durch Inanspruchnahme von privaten Sicherheitsdiensten ("Private Military and Security Companies", PMSCs) hat im



Bereich der internationalen Schifffahrt zum Schutz vor Piraterie weltweite Bedeutung. Die Wahrnehmung von Sicherheitsaufgaben durch Private fordert das staatliche Gewaltmonopol heraus. Die Einführung nationaler Regelungen kann zumindest teilweise als Versuch eingestuft werden, staatliche Kontrolle über den privaten Sicherheitssektor zu erlangen (siehe Beitrag von Liss).

Das Schwerpunktheft stellt verschiedene Beiträge zur länderspezifischen rechtlichen Regulierung privater Sicherheitsfirmen zusammen. Birgit Feldtmann befasst sich in ihrem Beitrag mit der Frage, ob Seeleute rechtlich dazu verpflichtet sind, Piraten in Seenot Hilfe zu leisten und illustriert anhand des Fallbeispiels Dänemark diese gesetzliche Grauzone.

Weitere Beiträge behandeln die Regulierung in den skandinavischen Ländern (Joakim Berndtsson, Åse Gilje Østenson) sowie den Vereinigten Staaten, Großbritannien (Renée de Nevers) und Italien (Eugenio Cusumano, Stefano Ruzza). Der Beitrag von Schneider mit Annina Bürgin (Universidad de Vigo) vergleicht die deutsche Rechtspraxis mit der Spaniens, beides große EU-Nationen mit bedeutendem maritimem Sektor. Während Deutschland erst 2013 ein spezifisches und umfassendes Lizensierungsprogramm für maritime PMSCs entwickelte, übertrug

Spanien schon früh den rechtlichen Rahmen für an Land agierende PMSCs auf den maritimen Bereich. Hier fällt auf, dass die spanische Gesetzgebung nicht speziell auf die Anforderungen des maritimen Bereichs zugeschnitten wurde und Spanien den Einsatz bestimmter Sicherheitsdienste auf Fischereischiffen zeitweise sogar subventionierte. Es offenbaren sich grundlegende Unterschiede, die nationale Bedürfnisse widerspiegeln.

Kontakt: Patricia Schneider

schneider@ifsh.de

Christiane Fröhlich / Giovanna Gioli (eds.), Special Issue: "Gender, Conflict and Global Environmental Change", in: Peace Review: A Journal of Social Justice, Vol. 27, issue 2, 2015.

Das Sonderheft ist aus dem internationalen Forschungsnetzwerk "Gender, Conflict and Climate Change", das von Christiane Fröhlich und Giovanna Gioli an der Universität Hamburg ins Leben gerufen wurde, hervorgegangen. Das Netzwerk hat den Nexus zwischen Gender, Umwelt bzw. Ressourcenknappheit und Gewaltkonflikten zum Thema und zielt darauf ab, trans- und interdiszipli-

näres Wissen über gendersensible Konfliktanalysen im Kontext von Ressourcendegradation und knappheit aufzubauen. Gender ist als relevante Kategorie sowohl für die Analyse von Konflikteskalationsprozessen als auch für ein besseres Verständnis von unterschiedlichen Vulnerabilitäten und Anpassungsfähigkeiten von Männern und Frauen gegenüber globalem Umweltwandel und Ressourcenknappheit identifiziert worden. Die Studien zu diesem Themenfeld mehren sich, doch das wachsende Interesse an Konflikten über natürliche Ressourcen hat noch nicht zu einer um-



fassenden Analyse ihrer Genderdimension geführt, geschweige denn von der oft wiederholten, präskriptiven Empfehlung "Gender einzubeziehen", zu einer verbindlichen Forschungsverpflichtung geführt oder gar zu einer verlässlichen Finanzierung entsprechender Forschungsprojekte.

Das zugrundeliegende Verständnis von Gender ist intersektional, das heißt, dass strukturelle und Gruppenmerkmale wie Gender, Rasse, ethnische Zugehörigkeit, Religion, Alter usw. eng miteinander verflochten sind und für jeweils individuelle räumliche Beziehungen, soziale Verortungen und unterschiedliche Zugänge und Kontrolle über natürliche Ressourcen konstitutiv sind. Nur sehr wenige und sehr



neue Studien analysieren den Nexus zwischen Gender, Umwelt und Konflikt bisher. Das Sonderheft hilft, diese Forschungslücke zu schließen, indem es Beiträge zum Makro-, Meso- und Mikrolevel und ihrer Verflochtenheit bündelt, um so die Rolle von Gender für Eskalation oder Deeskalation von Ressourcenkonflikten aufzudecken. Es beschäftigt sich außerdem mit verschiedenen methodologischen und konzeptuellen Problemen in der Erforschung des genannten Nexus.

Kontakt: Christiane Fröhlich froehlich@ifsh.de

S+F. Sicherheit und Frieden, Heft 2/2015

Neue Technologien, veränderte Kriegsbilder, neue Ansätze der Rüstungskontrolle?

Rüstungsdynamik zeigt sich auf vielen Ebenen. Sie wird von verschiedenen Faktoren angetrieben. Von zentraler Bedeutung sind technologische Entwicklungen, finanzielle Möglichkeiten sowie Erfahrungen



mit dem und Erwartungen an das Kriegsgeschehen. Dadurch verändert sich das militärische, aber auch das öffentliche Interesse an bestimmten Rüstungstechnologien; bekannte Waffentypen scheinen an Bedeutung zu verlieren, während bestimmte neue Technologien besondere Aufmerksamkeit erfahren. Auch Rüstungskontrolle unterliegt diesen Schwankungen ebenso wie deren Erfolge und Misserfolge zu ihnen beitragen.

Der erste Beitrag in der von Michael Brzoska verantworteten Ausgabe der Zeitschrift Sicherheit und



Frieden stammt von Melisa Foster und Virgil Haden-Pawlowski und liefert eine Bestandsaufnahme der Argumente für eine rechtliche Einhegung von autonomen Waffensystemen einschließlich deren autonomer Träger. Marcel Dickow, Mischa Hansel und Max Mutschler zeigen auf der Grundlage eines theoretischen Modells erfolgreicher Rüstungskontrolle, welche Faktoren internationale Vereinbarungen möglich machen könnten. Abi Dymond und Brian Rappert untersuchen in ihrem Beitrag, welche Rolle Nichtregierungsorganisationen bei der Einhegung von neuen Rüstungstechnologien spielen können. Simone Wisotzki zeichnet die Bemühungen um eine Verbesserung der Kontrolle von Kleinwaffen nach. Ein wichtiges Element für erfolgreiche Kleinwaffenpolitik ist verbesserte Exportkontrolle - immer noch kommt die Masse der weltweit gehandelten Rüstungsgüter aus dem Norden und geht in den globalen Süden. Mark Bromley illustriert das sowohl für Rüstungs- wie Dual-use-Technologien. Schließlich wagen Hans Dieter Jopp und Roland Kästner einen Blick in die Zukunft der Kriegführung. Als besondere Schwerpunkte identifizieren die Autoren asymmetrische Kleinkriegführung, weit reichende Abstandswaffen und den Schutz kritischer Infrastrukturen.

In einem Beitrag außerhalb des Schwerpunktes berichtet Thomas Horlohe über den aktuellen Stand der Diskussion um mögliche russische Vertragsverletzungen des INF-Vertrags über nukleare Trägersysteme mit mittlerer Reichweite. Die von Sabine Jaberg betreute Rubrik Forum beschäftigt sich mit zwei Jubiläen zum Rückblick und Ausblick auf die OSZE: 40 Jahre Schlussakte von Helsinki und 25 Jahre Pariser Charta. Das Forum enthält Beiträge von Berthold Meyer, Wilfried von Bredow und Frank Evers.

Kontakt: Michael Brzoska Patricia Schneider brzoska@ifsh.de schneider@ifsh.de

Weitere Publikationen

Reinke de Buitrago, Sybille. 2015. Self-Other Constructions, Difference and Threat: U.S. and Arab 'Otherhing' of Iran. In: Regional Insecurity After the Arab Uprisings, hrsg. von Elizabeth Monier, 85-106. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

In ihrem Beitrag zeigt Sybille Reinke de Buitrago die Konstruktionen des Iran aus der Perspektive der USA und dreier arabischer Staaten auf. So wird der Iran sowohl von den USA als auch von Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten als bedrohlich für die Region und darüber hinaus konstruiert, jedoch mit größtenteils unterschiedlichen Begründun-

gen. Im US-Sicherheitsdiskurs zeigen sich allerdings auch Verschiebungen hin zu einem weniger starken Feindbild, was nicht zuletzt auf Veränderungen auf der iranischen Seite beruht. Dieser Trend könnte sich nun mit der Einigung über



das iranische Atomprogramm im Juli 2015 verstärken. Aus der syrischen Perspektive ist Iran seit Langem ein strategischer Alliierter. Die Ereignisse des sogenannten Arabischen Frühlings haben die (Bedrohungs-)Wahrnehmungen nicht entscheidend geändert.

Kontakt: Sybille Reinke de Buitrago reinkedebuitrago@ifsb.de

Vucetic, Srdjan and Duarte, Érico. 2015. New Fighter Aircraft Acquisitions in Brazil and India: Why Not Buy American?. Politics & Policy 43 (3): 401–425.





Wie entscheiden Staaten, wo sie ihre Waffen einkaufen? Unter Rückgriff auf Theorien der Internationalen Beziehungen betrachten die Autoren in diesem Beitrag die jüngsten Marktwettbewerbe um Kampfflugzeuge in Brasilien und Indien und analysieren, warum die europäische Konkurrenz gegenüber Kampfflugzeugen aus den USA bevorzugt wurde. Offizielle Aussagen der brasilianischen und indischen Regierungen brachten dafür minderwertige Flugleistungen, Probleme der gemeinsamen Nutzung von Technologie sowie Kosten als Gründe an. Diese Erklärungen mögen nachvollziehbar sein, ihr Hauptziel ist jedoch von der Tatsache abzulenken, dass die Beschaffung von militärischem Nachschub vor allem eine Angelegenheit internationaler Politik und Policy ist. Geleitet von einem analytischem Eklektizismus kombinieren die Autoren konstruktivistische, liberale und realistische Theorieelemente, um eine möglichst umfassende Erklärung für die Frage zu liefern, warum es Lockheed Martin und Boeing nicht gelang, Kampfflugzeuge nach Brasilien und Indien zu verkaufen.

Kontakt: Érico Duarte ericoduarte@gmail.com

Johannsen, Margret. 2015. Seeking recognition. Palestinian state-building beyond Oslo. Orient 56 (3): 6-12.

In ihrem Beitrag zum Orient-Themenheft "Political developments in Israel and Palestine" argumentiert Margret Johannsen, dass der mit der Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit einhergehende Zuwachs an in-



ternationaler Legitimität diejenigen Kräfte in Palästina stärkt, die den Weg zu nationaler Selbstbestimmung im Lichte extremer Machtasymmetrien mit friedlichen Mitteln weitergehen wollen. Daraus folgt die Empfehlung an die Bundesregierung, den Staat Palästina bilateral anzuerkennen: als Beitrag zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts auf dem Wege einer Zweistaatenregelung.

Kontakt: Margret Johannsen johannsen@ifsh.de